

gefunden und an den Zuber verkauft, der natürlich einen möglichst hohen Preis herauszuschlagen wollte. Dr. Meyer ließ zurückmelden, daß ihm der Preis von 1000 Dollars zu hoch wäre, unter dieser Bedingung wolle er auf den Ankauf verzichten. Daraufhin trat der englische Generalkonsul Evan Smith mit dem Zuber über den Ankauf der Manuskripte in Unterhandlung und erwarb die Papiere für 85 Rupies (etwa 140 Mk.). Colonel Smith hat nun die Karten und sonstige Aufzeichnungen an Dr. H. Meyer abgesendet, da dieser sie noch verarbeiten und für die Veröffentlichung herstellen will. Daraus ist ersichtlich, welche Rührigkeit der britische Generalkonsul entwickelt und wie auch scheinbar ganz fremde Dinge seiner Aufmerksamkeit nicht entgehen. Ueberhaupt hatten sich die britischen Vertreter in Ostafrika gegen Dr. H. Meyer in hohem Grade aufmerksam und entgegenkommend gezeigt. Als derselbe aus der Gefangenschaft entkommen und von Pangani nach Sansibar zurückgekehrt war, erschien bei ihm als einer der ersten Besucher der britische Admiral Freemantle, der Befehlshaber des englischen Blockadeschwaders, und gab seine Teilnahme zu erkennen, wodurch er zugleich zeigte, welche Aufmerksamkeit er der Expedition des deutschen Reisenden gewidmet hatte.

### Tagesgeschichte.

Berlin, 16. März. In unterrichteten Kreisen versichert man, daß der Gegenbesuch des Kaisers Franz Josef in Berlin jedenfalls im Laufe des Sommers stattfinden werde. Wenn auch vorläufig der Zeitpunkt noch nicht festgesetzt ist, wird angenommen, der Besuch werde erst nach Ablauf des Trauerhalbjahres erfolgen, und man hält für wahrscheinlich, daß Se. Majestät in der ersten Augustwoche hier eintreffen werde.

— Dem „B. Z.“ wird aus London, 16. März, gemeldet: Es wird mit Bestimmtheit versichert, der Prinz von Wales habe eine höchst freundliche Einladung des Kaisers Wilhelm II. angenommen und werde Ostern über Darmstadt nach Berlin kommen. Die wiederholten langen Konferenzen Sir Edward Malets mit Lord Salisbury gelten hier als Bestätigung der Behauptung, daß Malet der Träger von Allianzvor schlägen des Fürsten Bismarck sei. Der heute hier stattgehabte Minister rat wird damit in Zusammenhang gebracht.

— Im königlichen Heroldsamte sind bis in die letzten Tage die Diplome für die von Kaiser Friedrich beschlossenen zahlreichen Standeserhöhungen ausgefertigt worden. Kaiser Friedrich hat nur die entsprechenden Urkunden für die beiden zu Fürsten erhobenen Grafen Solms und von Radolin und für die drei Ritter des Schwarzen Adler-Ordens, Staatsminister von Maybach und von Friedberg und Reichsgerichts-Präsident von Simson, vollzogen. Alle übrigen Urkunden hat Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet.

— Im Bureau des Abgeordnetenhauses wird ein Antrag vorbereitet, der dahin geht, die „Volkszeitung“ anlässlich ihres empörenden Artikels zum Todestage Sr. Maj. des Kaisers Wilhelm von dem Lesezimmer und der Journalistentribüne auszuschließen. Die Annahme dieses Antrages wird als völlig gesichert bezeichnet. Die Anregung zu demselben soll von einem freikonservativen Schriftführer ausgehen. — Zum besseren Verständnis sei hinzugefügt, daß die genannte Zeitung gerade den Todestag des Wiedervereinigers Deutschlands dazu benutzen zu müssen glaubte, um über denselben in einem Tone zu sprechen, der um so gemütsroher war, als der betreffende Artikel bei seinen sonstigen gänzlich unzutreffenden Ausführungen gerade an dem Tage das Andenken Kaiser Wilhelms schmälerte, an dem der Heldengreis und Friedensfürst vor Jahresfrist die Augen für immer schloß.

— Die Alters- und Invaliditätsversicherungs-Kommission beendete am Freitag ihre Arbeiten und nahm mit allen gegen 5 Stimmen die Kommissionsbeschlüsse in zweiter Lesung an. Neu ist in der Gesetzesvorlage der Kommission besonders die Einrichtung von Rentensparkassen. Diese Rentensparkassen sollen nach dem Vorschlage bei jeder Alters- und Invaliden-Versicherungsanstalt errichtet werden. (Für uns Sachsen ist eine solche Einrichtung von mindermem Werte deshalb, weil wir bereits in der königlichen Altersrentenbank eine ähnliche und ganz vorzügliche Anstalt besitzen.) Es bestehen alle Aussichten, daß auf Grundlage der Kommissionsbeschlüsse das Werk durch eine große, aus Konservativen,

Nationalliberalen und Centrum bestehende Mehrheit zustande kommt und auch die Regierungen diesen Beschlüssen zustimmen. Man wird es nur mit Genugthuung begrüßen können, daß das Zustandekommen des Gesetzes allem Anscheine nach noch in dieser Session gesichert ist. Da schon im Februar nächsten Jahres die Legislaturperiode zu Ende geht, wäre auch in der kurzen Winteression das Zustandekommen des Werkes sehr fraglich gewesen, und es ist auf alle Fälle wünschenswert, daß der gegenwärtige Reichstag, der ja durch die Verhältnisse gezwungen war, dem Volke große Mehrbelastungen aufzuerlegen, auch auf die Vollendung dieses sozialen Reformwerks wird hinweisen können. Die sozialdemokratische Wählerei, die bei den nächsten Reichstagswahlen die äußersten Anstrengungen zu machen sich vorbereitet, wird doch Mühe haben, in den verständigeren Arbeiterklassen der Wirkung dieses Gesetzes entgegenzutreten. Die handgreiflichen Wohlthaten, die hier geboten werden, können durch die hohlen Schlagwörter der Wähler mindestens nicht ganz verdunkelt werden.

— In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurde der Nachtragsetat beraten. Die Titel „Auswärtiges Amt“ und „Reichsamt des Innern“ wurden ohne erhebliche Diskussion bewilligt. Dieselben treffen die für Unterdrückung des Sklavenhandels und den Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika und für die Preisbewerbung zum Kaiser Wilhelm-Denkmal geforderten Summen und sind Konsequenzen der betreffenden Gesetze. Bei den auf Vermehrung der Artillerie bezüglichen Positionen gab der Kriegsminister nähere Erläuterungen. Die fraglichen Summen wurden gegen die Stimme des Abg. Richter bewilligt. Die für Trennung des Oberkommandos und der Verwaltung der Marine geforderten Posten wurden gegen die Stimmen des Centrums und der Deutschfreisinnigen bewilligt.

— Die Anwesenheit der marokkanischen Gesandtschaft in Berlin wird für die deutsche Industrie wahrscheinlich von Bedeutung werden. Es haben sich mehrere angesehene Firmen in Berlin und außerhalb vereinigt, um im nächsten Monat einen Vertreter nach Marokko zu entsenden, der mit der marokkanischen Regierung sowohl, als auch mit dort ansässigen Geschäftshäusern Handelsverbindungen anzuknüpfen suchen wird. Angeregt ist der Gedanke durch Mitglieder der jetzt heimgekehrten Gesandtschaft. Wie das „Centralblatt für die Textil-Industrie“ aus sicherer Quelle vernimmt, ist bereits eine geeignete Persönlichkeit für das Handelsunternehmen gewonnen.

— Die amerikanischen Bevollmächtigten zur Samoakonferenz, die Herren Casson, Phelps, Bates, haben die Reise nach Europa angetreten. Die deutschen Mitglieder der Konferenz werden, wie man hört, vielleicht erst nach dem Eintreffen der auswärtigen Delegierten ernannt. Noch immer ist an der Erwartung festzuhalten, daß die Konferenz etwa am 1. April oder noch früher zusammentritt.

— Die Freilassung der von den Arabern an der ostafrikanischen Küste gefangen genommenen deutschen Missionare ist nach einer englischen Meldung gegen Zahlung eines Lösegeldes von 6000 Rupien und gegen Rückgabe von 12 von der deutschen Korvette „Leipzig“ gefangen genommenen Sklaven erfolgt. Derselben Quelle zufolge ließ der britische Generalkonsul eine Kundmachung des deutschen Admirals veröffentlichen, kraft welcher über die Distrikte Bagamoyo, Dar-es-Salaam, sowie über einen Umkreis von 5 Meilen dieser Ortshaf ten das Standrecht verhängt wird.

— Die „Berliner Polit. Nachr.“ schreiben: Die Zunahme der Seeunglücksfälle und der damit verbundene Verlust von Menschenleben, was von den zuständigen Seemännern auf die mangelhafte Ausrüstung der Schiffe mit Booten und sonstigen Rettungsgeräten zurückgeführt wird, haben den Reichskanzler veranlaßt, die gesetzliche Regelung der Ausrüstung der deutschen Kauffahrteischiffe mit Booten wieder aufzunehmen. Der Gesetzesentwurf entspricht im wesentlichen dem bereits 1878 vorgelegten.

— Wie bereits gemeldet, hat der Tierarzt Antoine seine Entlassung als Reichstagsabgeordneter eingereicht. Der Brief des genannten Herrn an den Präsidenten des Reichstages ist vom 11. März aus Grevenmachern datiert und lautet nach einem Extrablatt des Mezer „Lorraine“: „Mein Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen meine Entlassung als Deputierter zum Reichstage anzuzeigen. Ich nehme die Genugthuung mit mir hinweg, dem

Mandat, das mir meine Mitbürger anvertraut haben, getreu gewesen zu sein. Der Reichstag hat mir selbst das Zeugnis gegeben, daß ich niemals die Sache Elsaß-Lothringens verlassen habe.“ — Antoine wird in der französischen Presse eine längere Darstellung der Beweggründe der Niederlegung seines deutschen Reichstagsmandats veröffentlicht.

Belgien. Wie aus Brüssel gemeldet wird, überfielen in der Nacht zum 16. d. die streikenden Arbeiter den Fabrikbesitzer Devallee in Avesnes an der belgisch-französischen Grenze, mißhandelten denselben, sowie seine Familie und zerstörten sein Haus.

Frankreich. Dem Vernehmen nach wurden im Laufe des 16. März die Hausdurchsuchungen bei den Mitgliedern der Patriotenliga fortgesetzt. Es soll sich unter den beschlagnahmten Papieren auch ein Plan zur Erstürmung des Palais Bourbon und des Elysee befunden haben.

— Das Marineministerium wurde dem Admiral Kranz angeboten, der dasselbe annahm. Seine Ernennung wird im „Journal officiel“ nach der Beisehung Faures bekannt gegeben werden.

— Das Tagesereignis in Paris ist der bevorstehende Bruch zwischen einem Teile der Patriotenliga und Boulanger. Die ursprünglich rein republikanischen Liguisten bereiten ein Manifest vor, welches Boulanger zwingen soll, seinen Standpunkt näher zu bezeichnen.

— Am 17. März traf Boulanger in Tours ein. Auf dem Bahnhofe war eine zahlreiche Menschenmenge versammelt, welche zum Teil aus Hochrufen, zum Teil aus Pfeifen bestand.

Serbien. Zur Abdankung König Milans wird der „Nat.-Ztg.“ nachträglich noch gemeldet: Vor der Abdankung zeigte Milan seinen Ministern einen Brief, durch welchen Kaiser Wilhelm dem Könige von der Abdankung abriet. Der Brief ist sieben Seiten stark, sehr herzlich in brüderlicher Anrede mit „Du“ gehalten. Der Kaiser gab dem Gedanken Ausdruck, daß die Pflicht in erhöhtem Maße jenen gelte, welche an der Spitze des Staatswesens stehen. Der Kaiser erinnerte an die Leiden seines Vaters, der ausharrte, wiewohl der Tod vor seinen Augen stand. Der Kaiser wies auf die Erfolge hin, welche Milan errungen habe. Milan sagte damals den Ministern, dieses Lob sei der schönste Erfolg seines Lebens, doch könne es seinen Entschluß nicht ändern.

— Das Amtsblatt veröffentlicht den Dank der Regentschaft für die den Königen Milan und Alexander zugeworbenen zahlreichen Huldigungen.

— Milan erklärte heute bei seiner Verabschiedung von den Lehrern des Königs Alexander, er werde von den ihm verfassungsmäßig gewährleisteten Vaterrechten stets Gebrauch machen. — Von dem diplomatischen Korps verabschiedete sich Milan am Montag. — Die Belgrader Bevölkerung brachte am 17. März dem König Alexander einen Fackelzug dar.

— Aus authentischer Quelle wird gemeldet, daß bei der Abdankung des Königs Milan bezüglich der Erziehung des Königs Alexander ein Staatsakt ausgefertigt, von dem König und den Regenten unterschrieben, vom Ministerium gegengezeichnet wurde, wonach die Regentschaft sich protokollarisch verpflichtete, den König Milan in seinen Vaterrechten zu unterstützen, jeden Einfluß der Königin Natalie aber auf die Erziehung des jugendlichen Königs von nahe oder ferne auszuschließen.

— Gut unterrichtete Kreise erzählen, die Abdankung Milans habe auf Natalie einen tiefen Eindruck gemacht. Erschüttert soll sie ausgerufen haben: „Milan brachte über mich und sich viel Unglück! Ich verzeihe ihm und bete, daß Gott ihm verzeihe!“ Die Ratgeber Nataliens schlagen ihr vor, sich von der Reise nach Serbien nicht abhalten zu lassen, da die Verfassung ihr die Rückkehr nicht verbiete, und fordern, daß sie die Wiederaufnahme des Ehescheidungsprozesses anstrebe.

### Vom Reichstage.

S. v. 16. März. Auf der heutigen Tagesordnung stand die erste Beratung der Rechnung des Reichshaushaltsetats. Die Vorlage wurde ohne Debatte an die Rechnungs-Kommission verwiesen. Das Haus erledigte dann die dritte Beratung des internationalen Vertrages über die Regelung der Nordseefischerei. Bei der ersten Beratung über die Aufhebung der §§ 4 und 5 des Branntweinsteuergesetzes wird nach längerer Debatte der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt. Die zweite Lesung findet im Plenum statt. Bei der zweiten Beratung des Entwurfs über Abänderung des Vereinszollgesetzes wird die Regierungsvorlage angenommen. Nächste Sitzung Dienstag.